

**Datenschutzrechtliche Informationen
nach Art. 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

Die Landesjustizkasse Chemnitz erhebt und verarbeitet personenbezogene Daten der betroffenen Person(en) zur Erfüllung ihrer Aufgaben als Vollstreckungsbehörde, Hinterlegungs- und Staatskasse sowie als Vertreter des Freistaates Sachsen.

Zur Datenverarbeitung in diesen Verfahren - mit Ausnahme der Aufgaben in der Personal- und Hausverwaltung - wird mitgeteilt:

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Präsident des Oberlandesgerichts Dresden

Besucheradresse: Ständehaus, Schloßplatz 1, 01067 Dresden

Postanschrift: PF 12 07 32, 01008 Dresden

E-Mailadresse: verwaltung@olg.justiz.sachsen.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Datenschutzbeauftragter des Oberlandesgerichts Dresden

Besucheradresse: Ständehaus, Schloßplatz 1, 01067 Dresden

Postanschrift: PF 12 07 32, 01008 Dresden

E-Mailadresse: datenschutz@olg.justiz.sachsen.de

3. Allgemeine Informationen zu Datenerhebung und -verarbeitung:

a) Die Landesjustizkasse Chemnitz erhebt und verarbeitet personenbezogene Daten, soweit es zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der die Landesjustizkasse Chemnitz unterliegt, erforderlich ist (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c) DSGVO) und soweit es für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt, die der Landesjustizkasse Chemnitz übertragen wurde, erforderlich ist (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e) DSGVO in Verbindung mit der jeweils zugehörigen gesetzlichen Regelung oder dem Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetz).

Dies betrifft insbesondere

- die Erfassung und Einziehung der der Landesjustizkasse Chemnitz zu diesem Zweck durch die Gerichte, Staatsanwaltschaften, Justizvollzugsanstalten, das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, das Ausbildungszentrum Bobritzsch und bestimmte sächsische Krankenhäuser (sog. Anordnungsstellen) überwiesenen Forderungen gem. Justizbeitreibungsgesetz i.V.m. der Zivilprozessordnung,
- die Wahrnehmung der Aufgaben als Staatskasse gem. § 79 der Sächsischen Haushaltsordnung (SäHO),

- die Wahrnehmung der Aufgaben als Hinterlegungskasse gem. Sächsischem Hinterlegungsgesetzes,
- die Vollstreckung im Wege der Amtshilfe,
- die Abwicklung des Geschäfts- und Schriftverkehrs
- sowie die Wahrnehmung sonstiger Verwaltungsaufgaben z. B. die Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden, Petitionen und sonstigen Anträgen.

b) Die Landesjustizkasse Chemnitz verarbeitet auch personenbezogene Daten, die im Rahmen der Wahrnehmung der Aufgaben von anderen öffentlichen Stellen und Registern (z. B. Sozialleistungsträger, Rentenversicherungsträger, Ausländerbehörde, Kraftfahrtbundesamt, Einwohnermeldeämter, Grundbuchämter, Handelsregister) oder öffentlich zugänglichen Medien (z. B. Internet, Veröffentlichungen) sowie dem Vollstreckungsportal erhoben werden. In Betracht kommen Datenkategorien wie allgemeine Personendaten, Zahlungsdaten, Einkommens- und Vermögensangaben.

Soweit erforderlich, etwa im Fall von Geldstrafeneinziehungen oder der Einziehung von strafrechtlichen Verfahrenskosten, verarbeitet die Landesjustizkasse nach Art. 10 DSGVO in Verbindung mit der jeweils zugehörigen rechtlichen Bestimmung auch Daten über strafrechtliche Verurteilungen, Straftaten und Ermittlungsverfahren.

c) Innerhalb der Landesjustizkasse Chemnitz erhalten nur diejenigen Personen Zugang zu den personenbezogenen Daten, die mit deren Verarbeitung zu den oben beschriebenen Verarbeitungszwecken betraut sind.

d) An Dritte werden personenbezogene Daten von der Landesjustizkasse Chemnitz nur aufgrund einer entsprechenden gesetzlichen Regelung weitergeleitet, aus der sich auch der jeweilige Zweck der Datenübermittlung ergibt. Dies betrifft insbesondere die Übermittlung personenbezogener Daten an Gerichtsvollzieher, Anordnungsstellen, andere öffentliche Stellen im Rahmen der Erhebung von Daten nach Buchstabe 3.b), Strafverfolgungsbehörden, Landesamt für Verfassungsschutz bzw. aufgrund besonderer vertraglicher Vereinbarungen, z. B. Dolmetscher/Übersetzer. Zudem können personenbezogene Daten an Auftragsverarbeiter i.S.d. Art. 28 DSGVO (z.B. öffentliche-rechtliche oder private IT-Dienstleister) weitergegeben werden; Erforderlichkeit und Umfang der Weitergabe ergeben sich dabei aus dem der Auftragsverarbeitung zugrunde liegenden Vertrag oder anderen Rechtsinstrument.

e) Die Daten werden für die Dauer des jeweiligen Verfahrens gespeichert und nach Abschluss des Verfahrens für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke bis zum Ablauf der für die jeweilige Aufgabenerfüllung bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfrist aufbewahrt. Zu diesen Aufbewahrungsvorschriften zählen insbesondere die Sächsische Justizschriftgutverordnung, das Sächsische Archivgesetz und die Sächsische Haushaltsordnung einschließlich der dazugehörigen Verwaltungsvorschriften (VwV-SäHO).

f) Die Landesjustizkasse Chemnitz verwendet keine Verfahren zur automatisierten Entscheidungsfindung.

4. Rechte der betroffenen Person:

a) Die betroffene Person hat das Recht auf Auskunft vom Verantwortlichen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, hat die betroffene Person weitere Auskunftsrechte, die aber durch Rechte anderer beschränkt sein können (Art. 15 Abs. 1 DSGVO).

b) Die betroffene Person kann vom Verantwortlichen die unverzügliche Berichtigung sie betreffender unrichtiger oder unvollständiger personenbezogener Daten verlangen (Art. 16 DSGVO).

c) Die betroffene Person kann vom Verantwortlichen die unverzügliche Löschung sie betreffender personenbezogener Daten verlangen, wenn die Daten für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht mehr erforderlich sind (Art. 17 DSGVO). Das ist insbesondere nach Ablauf der oben unter 3.e) genannten Aufbewahrungsfristen der Fall, wobei die Akten und Daten nach Fristablauf durch die Landesjustizkasse selbständig datenschutzgerecht vernichtet bzw. gelöscht werden; der Geltendmachung des Löschungsrechts bedarf es nicht.

d) Die betroffene Person kann zudem der Datenverarbeitung widersprechen (Art. 21 DSGVO) oder eine Einschränkung der Verarbeitung verlangen (Art. 18 DSGVO).

e) Der betroffenen Person steht ein Beschwerderecht zur Sächsischen Datenschutzbeauftragten als Aufsichtsbehörde zu:

Sächsische Datenschutzbeauftragte
Devrientstraße 5
01067 Dresden